

Beschluss

auf der ordentlichen Landesversammlung am 16./17.11.2013 in Augsburg

Gegenstand: Kommunalpolitische Erklärung

1 **Kommunalwahl 2014: Grüne Ideen setzen sich durch**

2
3 Präambel: **Bayerns Kommunen nachhaltig - gerecht - vielfältig**

4
5 **Nachhaltig für Klima und Wirtschaft:**

- 6
7 • Klimaschutz und Energiewende als Wirtschaftsmotor der Region
8 • Das Leben findet innen statt
9 • Naturvielfalt bewahren - Ökologische und bäuerliche Landwirtschaft stärken
10 • Aus der Region, für die Region
11 • Umweltfreundliche Mobilität für alle
12 • Kommunale Daseinsvorsorge stärken
13 • Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben
14 • Leistungsfähige Kommunen durch zukunftsorientierte Haushaltspolitik

15
16 **Grüne Kommune: sozial gerecht**

- 17
18 • Bildungschancen für alle Kinder
19 • Kinder und Familien ins Zentrum rücken
20 • Wege aus der Armut
21 • Bezahlbaren Wohnraum schaffen

22
23 **Buntes Bayern: Vielfalt in der Kommune**

- 24
25 • Bürgerschaftliches Engagement: Mitreden, Mitentscheiden, Mitmachen
26 • Soziale Netze – für ein lebenswertes Miteinander
27 • Miteinander leben – voneinander lernen
28 • Gleichstellung bedeutet Gerechtigkeit
29 • Kultur in Bayern - Vielfalt fördern, Identität schaffen
30 • Jugend braucht den kommunalen Raum

31 Präambel

32 **Bayerns Kommunen nachhaltig - gerecht - vielfältig**

33

34 Bündnis 90/Die Grünen sind in der Kommunalpolitik eine treibende Kraft. Für viele
35 vorbildliche Projekte haben wir die Initialzündung gegeben und sind weiterhin die
36 Ideengeber.

37 Mit grüner Kommunalpolitik ist in den bayerischen Kreisen, Städten und Gemeinden
38 vieles in Bewegung geraten: beim Klimaschutz, der Energie- und Verkehrspolitik, dem
39 Naturschutz, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Kinderbetreuung.
40 Grüne Kommunalpolitik steht für eine solide und zukunftsorientierte Finanzpolitik, mehr
41 Transparenz und eine bessere Bürgerbeteiligung. Wir setzen uns ein für Bürger- und
42 Menschenrechte, für soziale Gerechtigkeit und Solidarität mit den Schwachen. Inklusion
43 sehen wir als wichtige Querschnittsaufgabe in allen kommunalpolitischen Bereichen, um
44 die Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten.

45 Seit 30 Jahren engagieren sich in allen bayerischen Kreisen, Städten und in vielen
46 bayerischen Gemeinden kompetente und erfahrene grüne KommunalpolitikerInnen für
47 die Umsetzung Grüner Ideen. Und das zahlt sich aus: Unsere
48 Kommunalwahlergebnisse wachsen stetig, auf mittlerweile 1200 RätInnen und neun
49 erste BürgermeisterInnen.

50 Fazit nach 30 Jahren grüner Kommunalpolitik in Bayern: Wir haben viel bewegt und
51 noch viel vor! So stellt der demografische Wandel die Kommunen vor neue, große
52 Herausforderungen. Einige Regionen Bayerns werden mit sinkenden Einwohnerzahlen,
53 einer älter werdenden Bevölkerung, der Abwanderung von Unternehmen und
54 geringeren Steuereinnahmen zu kämpfen haben, andere Regionen wiederum damit,
55 das Wachstum zu bewältigen. Mit Grüner Kommunalpolitik wollen wir diese zentrale
56 Zukunftsfrage angehen.

57 Um den Grünen Wandel in den bayerischen Kommunen mit Schwung weiter
58 voranzubringen, brauchen wir Ihre Unterstützung. Stimmen Sie am 16. März 2014 für
59 mehr GRÜN in unseren bayerischen Städten und Gemeinden.

60

61 **Nachhaltig für Klima und Wirtschaft**

62

63 **Klimaschutz und Energiewende als Wirtschaftsmotor der Region**

64 Immer mehr Städte und Gemeinden zeigen bereits jetzt, dass die Energiewende
65 möglich ist. Dort, wo die Bürgerinnen und Bürger die Energieversorgung in Form von
66 Bürgerwindrädern, Nahwärmenetzen, Solaranlagen selbst in die Hand nehmen, wurde
67 schon viel erreicht. Unser seit langem verfolgtes Ziel, den Energiebedarf zu 100 Prozent
68 aus Sonne, Wind und nachwachsenden Rohstoffen zu decken, wird Wirklichkeit. Der
69 Einsatz erneuerbarer Energien schont nicht nur das Klima, sondern langfristig auch
70 unseren Geldbeutel und schafft darüber hinaus eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Global
71 denken – lokal handeln ist dabei unser Leitsatz.

72 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben an, die bayerischen Gemeinden, Städte und
73 Landkreise spätestens bis zum Jahr 2030 unabhängig von Erdöl-, Erdgas- und
74 Uranimporten zu machen. Wir arbeiten für den energieautarken Landkreis und die
75 energieautarke Gemeinde. Jede Kommune sollte mit Beteiligung ihrer Bürgerinnen und
76 Bürger flächendeckend integrierte Klimaschutzkonzepte erstellen und die darin
77 aufgestellten Maßnahmen umsetzen. Unsere größte Energiequelle ist und bleibt dabei
78 der effiziente Einsatz von Energie. Allein durch den vernünftigen Einsatz von Energie
79 lassen sich bei gleichem Lebensstandard über 50 % Energie einsparen. Die Kommunen
80 müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Als erstes ist der im Besitz der Kommunen
81 stehende Gebäudebestand dringend energetisch zu sanieren. Förderprogramme vom
82 Bund stehen dafür zur Verfügung. Die Kraft-Wärme-Kopplung bietet ein großes
83 Effizienzpotenzial, welches vor allem in den Kommunen genutzt werden muss.

84

85

86 **Das Leben findet innen statt**

87 **Für eine nachhaltige Stadt- und Ortsentwicklung ohne zusätzlichen**

88 **Flächenverbrauch**

89 Bayern ist im Flächenverbrauch Spitzenreiter. Mehr als 18 Hektar werden Tag für Tag in
90 Bayern versiegelt. Das entspricht einer Fläche von 25 Fußballfeldern, die täglich
91 betoniert oder asphaltiert wird. Die Auswirkungen sind in ökologischer, verkehrlicher und
92 städtebaulicher Hinsicht fatal. Wälder, landwirtschaftliche Flächen und teilweise auch
93 Schutzgebiete gehen mitsamt ihren Gemeinwohlfunktionen wie Hochwasser- und
94 Grundwasserschutz, Immissionsschutz oder Klimaschutz unwiederbringlich verloren.
95 Touristisch beliebte ländliche Kulturlandschaften degenerieren genauso wie
96 unverkennbare Orts- und Stadtbilder zu monotonen Siedlungsstrukturen und
97 überdimensionierten Gewerbegebieten. Mit dem Verlust von Individualität und Kultur
98 geht ein Stück Heimat verloren. Die aktuelle Siedlungspolitik mit ihrer Ausbreitung in die
99 Fläche trägt überdies zum enormen Anwachsen des Straßenverkehrs bei.

100 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den Vorrang der Innenbereichsentwicklung vor der
101 Ausweisung neuer Bauflächen im Außenbereich. Dazu gehört eine innerörtliche,
102 verträgliche Verdichtung genauso wie intelligente Nutzungskonzepte für leer stehende
103 Bausubstanz. Hilfreich hierfür ist die Erstellung eines Baulückenkatasters. Die
104 fußläufige Erreichbarkeit von Einrichtungen der Nahversorgung, sozialen Treffpunkten
105 oder Freiflächen muss Eingang finden in jede Bauleitplanung.

106 Grüne setzen sich für die zukunftsfähige Gestaltung unserer Innenstädte ein. Dazu
107 gehört es, die Lebens- und Aufenthaltsqualität zu verbessern. Das Leitbild "Orte und
108 Städte der kurzen Wege" ist für uns Grundlage jeder Gemeinde- und
109 Stadtentwicklungsplanung. Die Förderung von Nahmobilität erhöht die Attraktivität

110 unserer Ortskerne und Innenstädte, stärkt Handel und Dienstleistungen in der
111 Innenstadt und stoppt die weitere Zersiedlung der Landschaft.
112 Die Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan für Regenwassernutzung,
113 Entsiegelung, für die Nutzung alternativer Energien müssen überall genutzt werden.
114 Statt sich untereinander mit der Ausweitung immer neuer Bauflächen Konkurrenz zu
115 machen, sollten die Kommunen die Möglichkeiten des interkommunalen
116 Flächenmanagements nutzen.
117 Durch gezielte Stadtplanung sowie mit den Stadt- und Ortssanierungsinstrumenten wie
118 dem Stadtbau und der „Sozialen Stadt“ wollen wir ein gutes Miteinander von Jung
119 und Alt, Arm und Reich und der Menschen unterschiedlicher Herkunft erreichen. In
120 Bund und Land werden wir uns dafür einsetzen, dass die Finanzmittel für das
121 Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ wieder deutlich aufgestockt werden. Das
122 Programm ist zur Unterstützung des Strukturwandels und des sozialen Zusammenhalts
123 in den Städten unverzichtbar.

124
125

126 **Stärkung der regionalen Entwicklung und kommunale Zusammenarbeit**

127 Die großen Herausforderungen unserer Zeit wie den demografischen Wandel, die
128 Energiewende oder den Klimawandel kann eine einzelne Kommune nicht nachhaltig
129 alleine bewältigen. Dafür braucht es eine verstärkte regionale Zusammenarbeit.
130 Entscheidende Bedeutung kommt hier den Planungsregionen zu. Gemeinden, Städte
131 und Landkreise sollten auf Augenhöhe gemeinsam Leitbilder entwickeln und Projekte
132 realisieren. Dazu muss zum einen die Landesplanung die Regionen in ihrer Bedeutung
133 stärken und ihnen Instrumente an die Hand geben, um effektiv arbeiten und handeln zu
134 können. Sie benötigen Gestaltungsspielraum, um eigenständig ihre Stärken zu einem
135 klaren Profil weiter zu entwickeln. Zum anderen müssen die Gemeinden selbst über den
136 eigenen Tellerrand hinausschauen und bereit sein, über die Gemeindegrenzen hinweg
137 gemeinsam in der Region tragfähige Lösungen zu entwickeln. Dieser Prozess in den
138 Regionen kann aber nur gelingen, wenn er transparent gestaltet wird und möglichst alle
139 Bürgerinnen und Bürger einbezieht.
140 Neben der Zusammenarbeit aller Gemeinden, Städte und Landkreise in den Regionen
141 trägt aber auch Kooperation zwischen einzelnen Kommunen und kommunalen
142 Einrichtungen wesentlich zur Stärkung der Kommunen bei. Gemeinsames Bewältigen
143 von Aufgaben spart Zeit und bares Geld, und gegebenenfalls auch wertvolle Flächen.
144 Steuergesetzänderungen, die kommunale Kooperationen erschweren, lehnen wir ab.
145 Grüne Kommunalpolitik steht für eine konstruktive Zusammenarbeit mit
146 Nachbarkommunen und in den Regionen.

147
148

149 **Naturvielfalt bewahren**

150 **Ökologische und bäuerliche Landwirtschaft stärken – Gewässer schützen**

151 Wir wollen unsere schöne Landschaft und vielfältige Natur für uns und unsere Kinder
152 erhalten. Den andauernden Verlust an Arten und Lebensräumen wollen wir stoppen, die
153 Verödung der Landschaft durch Monokulturen verhindern und wo nötig rückgängig
154 machen.
155 Wir Grüne kämpfen für den Schutz von Natur und Umwelt, damit wir heute gesunde
156 Lebensmittel und Erholungsräume haben und unseren Kindern intakte Böden, sauberes
157 Wasser und reine Luft hinterlassen können.

158

159 Deshalb wollen wir:
160 • Schutzgebiets- und Biotopverbundsysteme weiterentwickeln,
161 • für bestehende Schutzgebiete Managementpläne entwickeln und umzusetzen,
162 • die Datengrundlage für die Naturschutz- und Landschaftsplanung verbessern
163 Wir wollen den ökologischen Landbau und die bäuerliche Landwirtschaft fördern und
164 dem Konzentrations- und Industrialisierungsprozess in der Landwirtschaft
165 entgegenwirken. Den Anbau und die Verfütterung von gentechnisch veränderten
166 Pflanzen lehnen wir ab.

167 Bayerns Städte und Gemeinden sind für den Unterhalt, die Pflege und die Entwicklung
168 von insgesamt 92.000 Kilometer kleinerer Gewässer verantwortlich. Diese Gewässer
169 sind für den nachhaltigen Hochwasserschutz ebenso wichtig wie für den Erhalt der
170 Artenvielfalt. Leider sind eine große Zahl unserer Bäche und Flüsse naturfern
171 ausgebaut, notwendige Lebensräume für Pflanzen und Tiere fehlen dort und das
172 Artenspektrum ist eingeschränkt. Unsere Gewässer benötigen wieder mehr Dynamik
173 wie z. B. Laufverlagerung, durchgängige Wanderstrecken für Tiere und strukturreichere,
174 vielfältigere Lebensräume. Um den "guten Zustand eines Gewässers" zu erreichen, ist
175 daher die Erarbeitung von Umwelt- und Bewirtschaftungszielen erforderlich. Wir setzen
176 uns deshalb dafür ein, dass in den Kommunen Gewässerentwicklungskonzepte
177 aufgestellt werden.

178
179

180 **Aus der Region, für die Region –** 181 **gentechnikfrei, ökologisch und fair**

182 Die Kommunen können über die kommunale Beschaffung einen beachtlichen Teil dazu
183 beitragen, innerhalb regionaler Kreisläufe zu produzieren und zu konsumieren.
184 Ausschreibungen sind, soweit rechtlich möglich, mit dem Kriterium der Regionalität zu
185 versehen. Kantinen und Küchen kommunaler Einrichtungen und deren Betriebe sind
186 vorzugsweise aus der Region und zwar mit gentechnikfrei produzierten Lebensmitteln
187 und bevorzugt mit Produkten aus ökologischem Anbau zu versorgen. Auf kommunalen
188 Flächen ist durch entsprechende Pachtverträge die Aussaat gentechnisch veränderten
189 Saatguts auszuschließen; sie sind außerdem vorrangig ökologisch zu bewirtschaften.
190 Die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe stärkt das heimische Handwerk und die
191 heimische Landwirtschaft, bindet Kaufkraft in der Region und schafft damit Arbeitsplätze
192 vor Ort. Gleichzeitig vermeiden regionale Wirtschaftskreisläufe unnötigen Verkehr.
193 Gezielt wollen wir die Herstellung von ökologisch hergestellten Produkten fördern und
194 Wochenmärkte neu beleben und deren Erhalt sichern. Zudem wollen wir GRÜNE die
195 Faire Kommune. Das heißt wir setzen uns dafür ein, dass Produkte aus ausbeuterischer
196 Kinderarbeit tabu sind. Generell legt die Faire Kommune für ihre gesamte Beschaffung
197 ökologische und soziale Kriterien zugrunde. Dazu beschließt sie entsprechende
198 Richtlinien für ihre gesamte Verwaltung. Ferner engagiert sich die faire Kommune in der
199 kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und geht dafür Partnerschaften mit
200 Kommunen in Ländern des globalen Südens auf Augenhöhe ein. Die Faire Kommune
201 unterstützt hier bei uns Programme und Bildungsprojekte für nachhaltige Entwicklung
202 und führt diese in ihren eigenen Einrichtungen durch. Schließlich fördert die Faire
203 Kommune aktiv die Integration von MigrantInnen und setzt sich für eine Politik ein, die
204 Migration als Chance statt als Problem wahrnimmt.

205

206 **Umweltfreundliche Mobilität für alle**

207 Nicht nur wegen der klimatischen und gesundheitlichen Folgen, sondern auch wegen
208 der demografischen Entwicklung müssen der ÖPNV und kostensparende
209 Verkehrsprojekte Vorfahrt bei den kommunalen Zukunftsinvestitionen bekommen.
210 Alleine die Erhaltungskosten von Straßen und Parkplätzen belasten vielerorts die
211 kommunalen Haushalte. Eine Förderung der landkreisweiten Radwege würde nicht nur
212 Bau- und Unterhaltskosten einsparen, sondern auch aktiv zum Klimaschutz und zur
213 Gesundheitsvorsorge beitragen.
214 Mit der Einrichtung von Tempo-30-Zonen wollen wir Verkehrsbelastung und Lärm
215 reduzieren und die Straßen sicherer machen. vielerorts ist die Einführung einer
216 kommunalen Verkehrsüberwachung sinnvoll, um die Einhaltung der
217 Geschwindigkeitsreduzierungen auch zu gewährleisten.
218 Die Mobilität im ländlichen und im städtischen Raum muss für alle Nutzergruppen
219 verbessert werden; z.B. mit Kleinbussen, Mitfahrzentralen, flächendeckendem
220 Carsharing, barrierefreien Angeboten. Um ökologisch fragwürdige Fahrten von
221 „Geisterbussen“ zu vermeiden, sind bedarfsgerechte Systeme zu installieren. Das
222 Thema Feinstaub und Verkehrslärm berührt mittlerweile nicht nur Ballungsräume und
223 größere Städte, sondern auch Mittel- und Kleinstädte. Grüne setzen sich für
224 umfassende Maßnahmen gegen den Feinstaub ein, dazu gehört u.a. auch die
225 Einrichtung von Umweltzonen. Planungen von neuen Flughäfen und von
226 Flughafenerweiterungen lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Damit werden nicht nur
227 Steuergelder verschwendet, sondern auch ökologisch unsinnige Inlandsflüge enorm
228 gefördert.
229 Das Fahrrad sehen wir als eines der wichtigsten Verkehrsmittel im innerörtlichen
230 Verkehr. Um den Radverkehr weiter zu fördern, muss ihm auch genügend Raum
231 gegeben werden. Dazu bedarf es einen guten Mix aus verkehrsberuhigten Bereichen,
232 Angebotsstreifen und Öffnung von Einbahnstraßen, Fahrradstraßen und überörtlichen
233 Radwegeverbindungen.
234 Und schließlich, häufig vergessen, ist der Fußgängerverkehr hervorzuheben. Die
235 meisten Fahrten mit dem Auto sind Kurzfahrten um die Ecke. Zu Fuß zu gehen schont
236 das Klima und ist gesund. Deshalb braucht es mehr attraktiven Raum fürs zu Fuß
237 gehen: breite Bürgersteige am besten begrünt und mit Bäumen, mehr Fußgängerzonen
238 in den Städten, aber auch in Ortszentren.

239
240

Kommunale Daseinsvorsorge stärken

241 Wichtigster Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung ist die Sicherstellung vieler
242 öffentlicher Leistungen für die BürgerInnen. Politische Entscheidungen in der Kommune
243 sind von existentieller Bedeutung für das Wohlergehen der Menschen:
244 Gesundheitswesen, Krankenhäuser, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Sport-
245 und Freizeiteinrichtungen, Infrastruktur, Alteneinrichtungen und ambulante Dienste,
246 Feuerwehr, Friedhöfe, Wasser- und Energieversorgung, Müllentsorgung, Öffentlicher
247 Personennahverkehr, Landschaftspflege, all dies sind Aufgaben der Kommunalpolitik,
248 mit denen sie unmittelbar Einfluss auf die Lebensqualität der BürgerInnen nimmt. Die
249 kommunale Trinkwasserversorgung muss erhalten bleiben.
250 erhalten bleiben. Auch ein schneller Zugang zum Datennetz ist inzwischen ein
251 unverzichtbares Instrument für viele Gewerbetreibende. Während in den
252 Ballungsräumen der schnelle Zugang gewährleistet ist, gilt dies für die ländlichen
253 Regionen nur eingeschränkt. Wer es ernst meint mit gleichwertigen
254 Lebensverhältnissen in ganz Bayern und mit der Zukunftsfähigkeit des Landes, kommt
255

256 um den flächendeckenden Ausbau eines leistungsfähigen und schnellen Datennetzes
257 nicht herum. Nur dadurch ist sichergestellt, dass die ländlichen Regionen den
258 Anschluss halten können und als Wohn- und Arbeitsort attraktiv bleiben. Wir setzen uns
259 dafür ein, dass im Sinne einer wohlverstandenen Subsidiarität die Daseinsvorsorge
260 bürgernah in der Hand der Kommunen bleibt. Die Geschicke dieser wichtigen Bereiche
261 müssen transparent und partnerschaftlich mit den BürgerInnen vor Ort gelenkt werden.
262 Durch die Auslagerung vieler kommunaler Aufgaben in kommunale Gesellschaften
263 werden mittlerweile sehr viele Entscheidungen, die die Daseinsvorsorge betreffen,
264 hinter den verschlossenen Türen kommunaler GmbHs getroffen. Die Aufsichtsräte
265 tagen in der Regel nicht-öffentlich. Die Bürgerinnen und Bürger erfahren nicht, wie sich
266 die gewählten MandatsträgerInnen im Aufsichtsrat verhalten. BÜNDNIS 90/DIE
267 GRÜNEN streiten für mehr Transparenz und Bürgernähe in kommunalen
268 Gesellschaften. Die rechtlich möglichen Spielräume für das Abhalten öffentlicher
269 Aufsichtsratssitzungen müssen in den Kommunen genutzt werden.

270
271

272 **Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben**

273 In der Umweltpolitik und der Energiepolitik haben wir gezeigt, dass mit Grünen
274 Konzepten schwarze Zahlen geschrieben und viele Arbeitsplätze geschaffen und
275 gesichert werden können. Wir Grüne stellen Klimaschutz und Nachhaltigkeit in den
276 Mittelpunkt unserer Kommunal- und Wirtschaftspolitik. Faire Arbeitsbedingungen und
277 ein schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind daher vorrangige Ziele
278 unserer Wirtschaftspolitik. Wir werden den ökologischen und sozialen Umbau unserer
279 Wirtschaft anstoßen und unterstützen.

280 Kommunales Energiemanagement und energetische Gebäudesanierung wollen wir
281 vorantreiben aber auch die Entwicklung regionaler Energiekonzepte mit
282 Bürgerbeteiligung. So sorgen wir dafür, dass Wertschöpfung und Arbeitsplätze durch
283 Energieeinsparung, Einsatz von regionalen erneuerbaren Energien und
284 nachwachsenden Rohstoffen vor Ort entstehen und die finanziellen Mittel nicht mehr
285 wie bisher durch die Importe von Öl und Gas außer Landes fließen. Durch regionales
286 Wirtschaften, Subsidiarität, und ein Klima der Offenheit sichern wir gute Chancen für
287 zukunftsfähige Arbeitsplätze gerade im Mittelstand.

288
289

290 **Leistungsfähige Kommunen durch zukunftsorientierte Haushaltspolitik**

291 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine kommunale Haushalts- und
292 Finanzpolitik ein, die sorgfältig Prioritäten setzt und Zukunftsfähigkeit für ihre
293 Entscheidungen als Maßstab nimmt. Sie soll ökonomisch sinnvoll, ökologisch tragfähig
294 und sozial gerecht sein. Das Geld, das wir heute zu viel ausgeben, wird unseren
295 Kindern und Enkeln fehlen - samt Zins und Zinseszins. Wir wollen unsere zukünftige
296 Handlungsfähigkeit erhalten. Oberste Maxime ist es, keine neuen Schulden zu machen
297 und soweit wie möglich alte Schulden abzubauen. Beteiligungsmanagement und
298 Transparenz von Krediten und Bürgschaften müssen gegeben sein.
299 Sogenannte "kreative" Finanzierungsformen wie Public Private Partnership (PPP) sehen
300 wir äußerst kritisch. Häufig wird nur damit bezweckt Kreditlinien zu umgehen und
301 Finanzierungslasten auf die kommenden Generationen zu verschieben. Außerdem wird
302 damit die demokratische Kontrolle umgangen. Bei allen Investitionen sind die
303 Folgekosten zu berücksichtigen. Meist gilt „small is beautiful“. Effizienter Einsatz von
304 Steuergeldern lässt sich an vielen Orten auch durch geschickte Kooperationen über

305 Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinweg erreichen. Mit dem vorhandenen Geld wollen
306 wir sparsam wirtschaften und es vorrangig in Bildung, soziale Stabilität und in den
307 Klimaschutz investieren.

308 Wer – wie wir Grüne – die wichtige Rolle der Kommunen in der Daseinsvorsorge bejaht,
309 der muss sich für eine dauerhafte sichere finanzielle Grundausstattung der Städte und
310 Gemeinden und die Schaffung entsprechender Mitsprachemöglichkeiten der
311 Kommunen – etwa bei der Föderalismuskommission II einsetzen. Wir setzen auf eine
312 verlässliche und faire Partnerschaft des Freistaates Bayern mit den Kommunen und eine
313 strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Wenn das Land den Kommunen neue Aufgaben
314 überträgt, muss es die dafür nötigen Finanzmittel bereitstellen.

315 Auch die ökologischen Folgen kommunaler Ausgaben sind stets zu berücksichtigen. Wir
316 wollen Investitionen zur Senkung des Energieverbrauchs (zum Beispiel in kommunalen
317 Gebäuden) erhöhen und damit langfristig die kommunalen Haushalte entlasten, sowie
318 alle Entscheidungen auf deren Klimarelevanz überprüfen.

319

320

321 **Grüne Kommune: sozial gerecht**

322

323 **Bildungschancen für alle Kinder**

324 **Regionale Bildungslandschaften gestalten und dabei die Schule im Dorf lassen**

325 Über die Lebenschancen unserer Kinder entscheidet eine gute Schulbildung. Wie in
326 keinem anderen Bundesland hängt in Bayern der Erfolg in der Schule in erster Linie
327 nicht von den Talenten der Kinder ab, sondern vom Geldbeutel der Eltern. Die größten
328 VerliererInnen sind Migrantenkinder.

329 Wir wollen eine Schule, die leistungsorientiert und sozial gerecht ist. Hier können wir
330 von den PISA-Siegern lernen. Alle Kinder lernen gemeinsam und sammeln wichtige
331 Erfahrungen. Dazu gehört auch, dass ein behindertes Kind das Recht hat im eigenen
332 Schulsprengel gemeinsam mit allen Kindern unterrichtet und gefördert zu werden. Bei
333 der Inklusion und den damit verbundenen großen Herausforderungen dürfen die
334 Kommunen vom Land nicht allein gelassen werden: Dafür müssen ausreichend
335 Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere die sogenannte
336 Schulbegleitung ist völlig unzureichend. Inklusion ist ein Prozess in den alle Beteiligten
337 einbezogen werden müssen: Eltern, Lehrpersonal, aber auch das Gemeindeumfeld.
338 Für die individuelle Förderung unserer Kinder eignet sich die Ganztagschule am
339 besten, deshalb soll es ein flächendeckendes Angebot geben.

340 Migrantenkinder erhalten die notwendige Unterstützung, um ihre Sprachkompetenz
341 auszubauen. Für ihre Integration und die ihrer Eltern in den Stadtteil oder die Kommune
342 ist die Schule ein wesentliches Element.

343 Die Zahl der SchülerInnen in Bayern sinkt rapide. In den Gemeinden wurde in den
344 vergangenen Jahren eine Vielzahl von Hauptschulen geschlossen, viele Grundschulen
345 kämpfen um ihr Überleben. Das Modell Mittelschule der Staatsregierung schafft hier
346 keinen Ausweg. Wenn die Schulen vor Ort geschlossen werden, dann bleiben Familien
347 fern und der Ort stirbt aus. Wir wollen die Schule im Dorf lassen: Alle Kinder gehen von
348 der 1. bis zur 9. bzw. 10. Klasse gemeinsam in die Schule und entscheiden sich dann
349 für eine gymnasiale oder eine berufsbildende Laufbahn. Durch eine Öffnungsklausel
350 wollen wir Kommunen, die sich für eine solche Schulform entscheiden heute schon die
351 Möglichkeit geben, „eine Schule für alle“ anzubieten.

352 Bildung ist jedoch mehr als Schule. Die Befähigung zum lebenslangen Lernen muss
353 sich als Konzept durch das ganze Bildungswesen ziehen: Es beginnt im Kindergarten
354 und macht nach der Schule ein vielfältiges Angebot für Erwachsene und Senioren.
355 Deshalb wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten vor Ort regionale
356 Bildungslandschaften gestalten, die ein vielfältiges Angebot für alle Bedürfnisse
357 bereithalten. Besonders wichtig hierbei ist ein gutes Angebot an Umweltbildung,
358 interkultureller und politischer Bildung.

359
360

361 **Kinder und Familien ins Zentrum rücken**

362 Nur eine kinderfreundliche Gemeinde ist auch eine zukunftsfähige Gemeinde. Deshalb
363 muss kommunale Familienpolitik einen höheren Stellenwert erhalten. Für eine
364 Kommune ist Kinder- und Familienfreundlichkeit ein wichtiger Standortfaktor. Regionen,
365 denen es nicht gelingt, ein familienfreundliches Klima zu schaffen, haben auf lange
366 Sicht auch wirtschaftlich das Nachsehen. Die Gestaltung eines attraktiven
367 Lebensraumes für Familien mit Kindern sichert die wirtschaftliche, kulturelle und
368 humane Zukunftsfähigkeit einer Kommune.

369 Wir Grüne wollen Kinder in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit rücken. Dazu
370 gehören Maßnahmen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern,
371 insbesondere bessere Möglichkeiten der Kinderbetreuung, der Ausbau von
372 Ganztagsschulangeboten und eine kindgerechte Stadtentwicklung, die ein beispielbares
373 Wohnumfeld schafft.

374 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein für einen flächendeckend schnellen Ausbau
375 des Betreuungsnetzes, insbesondere der Kinderkrippen. Die Finanzierung muss die drei
376 Säulen Öffnungszeiten (auch während der Ferienzeiten), Anzahl der Kinder und Qualität
377 ausreichend berücksichtigen und krankheitsbedingte Fehlzeiten des Personals
378 absichern, die Gruppenstärken wollen wir reduzieren. Für den Betrieb der
379 Kindertagesstätten in den Kommunen ist daher eine deutlich bessere staatliche
380 Förderung notwendig.

381
382

383 **Wege aus der Armut**

384 Jeder siebte private Haushalt in Bayern ist verschuldet. Tendenz steigend. Im
385 prosperierenden München lebt jeder Achte unter oder am Existenzminimum. Knapp
386 180.000 MünchnerInnen sind arm.

387 Armut definiert sich nicht nur durch ein Einkommen unter der Armutsschwelle. Armut ist
388 immer mehrdimensional. Chancenarmut beginnt bereits bei den Kindern. Bildung ist der
389 Türöffner für gesellschaftliche Teilhabe – oder der Weg in die soziale Sackgasse.

390 Nirgendwo in Deutschland ist der Schulerfolg so abhängig von der sozialen Herkunft wie
391 in Bayern. Wer schlecht ausgebildet ist, hat schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

392 Wer ein niedriges Einkommen hat, ist auch im Alter arm. Diese Entwicklung der
393 zunehmenden Altersarmut wird bis heute von der Politik weitgehend ausgeblendet, in
394 Zukunft aber zu einem großen Problem werden. Alleinerziehende und Familien mit
395 mehreren Kindern sind neben Jugendlichen, die nie den Eintritt in die Arbeitswelt
396 schaffen, die Hauptverlierer. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden ist in Bayern fast
397 dreimal höher als das der Gesamtbevölkerung. Eingewanderte, Arbeitslose, working
398 poor, alte Menschen und Kinder sind in Bayern von Armut besonders betroffen.

399 Wir treten ein für Projekte wie die „Soziale Stadt“, um soziale Spaltung, Ausgrenzung
400 und die Segregation von Stadtquartieren und ihrer Bewohner zu verhindern und soziale

401 Integration, den interkulturellen Dialog und Chancengleichheit zu fördern - auch für
402 Menschen mit Migrationshintergrund.

403
404

405 **Bezahlbaren Wohnraum schaffen**

406 Der demografische Wandel, die Erfordernisse der Energiewende und des
407 Klimaschutzes stellen den Wohnungsmarkt und das Mietrecht vor große Aufgaben.
408 Insgesamt ist die Lage in Bayerischen Kommunen sehr unterschiedlich. So steigen die
409 Mieten in einigen Regionen überdurchschnittlich, während anderswo Wohnraum leer
410 steht. Günstigen Wohnraum gibt es am ehesten noch im ländlichen Raum.
411 Auf dem Land aber werden viele ältere Menschen bald altersgerechte, barrierefreie und
412 energetisch sanierte Wohnungen suchen, die es bislang kaum gibt. Auch Studenten in
413 den Uni-Städten können sich eine Wohnung oder ein Zimmer oft nicht leisten. In den
414 Metropolregionen fällt es vielen Familien mit Kindern schwer, bezahlbare Wohnungen
415 zu finden.
416 Wir Grüne wollen in den Kommunen den Bestand an sozialem Wohnraum ausbauen
417 sowie die Verdrängung von Altmietern vermeiden. Wir fordern mehr Mittel von Bund und
418 Land zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Wir unterstützen
419 Bauherrengemeinschaften, Genossenschaften und alternative Mehrgenerationen-
420 Wohnprojekte und gemeinschaftliche Wohnformen.

421
422

423 **Buntes Bayern: Vielfalt in der Kommune**

424 **Bürgerschaftliches Engagement: Mitreden, Mitentscheiden, Mitgestalten**

425 Eine moderne Kommunalpolitik nutzt die Chancen, die in der Mitsprache der
426 Bürgerinnen und Bürgern bei wichtigen Entscheidungen liegen. Es gilt ein Umfeld zu
427 schaffen, in dem ehrenamtliches Engagement begünstigt wird: durch
428 Qualifizierungsangebote für die Ehrenamtlichen, Bereitstellung von Räumen, durch
429 frühzeitige Information, durch Bürgerbefragungen und Bürgerversammlungen. Wir
430 GRÜNE wollen die Menschen in den Städten und Gemeinden in kommunale
431 Entscheidungen aktiv einbinden, damit die Bürgergesellschaft mit Leben erfüllt wird.
432 Wie dies aussehen kann, zeigen Projekte, die im Rahmen der lokalen Agenda 21 auch
433 in vielen Orten Bayerns entstanden sind. Diese Arbeit wollen wir unterstützen und weiter
434 vorantreiben. Auch für die junge Generation wollen wir Möglichkeiten der
435 Mitbestimmung schaffen, z. B. in Form von Jugendparlamenten.
436 Wir GRÜNE treten ein für die Schaffung von Integrationsbeiräten in den Kommunen
437 und für stärkere Mitwirkungsmöglichkeiten für die vielen bei uns lebenden Bürgerinnen
438 und Bürger ohne Wahlrecht, denn Integration und die bessere Förderung von Kindern
439 mit Zuwanderungshintergrund kann nur zusammen mit deren Eltern gelingen.
440 Auf Landesebene wollen wir erreichen, dass die Instrumente Bürgerentscheid und
441 Bürgerbegehren nicht durch bürokratische Hürden eingeschränkt und zur Farce
442 gemacht werden, so wie dies der Fall ist, wenn z.B. die Hälfte aller Bürgerentscheide in
443 Gemeinden von 20.000 bis 50.000 Einwohnern an einem viel zu hoch angesetztem
444 Beteiligungsquorum scheitern.

445
446

447 **Leben in einer inklusiven Gesellschaft**

448 Wir Grüne setzen uns für ein Gesellschaftsideal ein, in dem alle Menschen
449 gleichberechtigt und selbstbestimmt miteinander leben und an allen Aktivitäten

450 selbstverständlich teilhaben können. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die frei von
451 Barrieren, Vorurteilen und Diskriminierungen ist. Soziale Leistungen, ob bei Krankheit,
452 Behinderung oder im Alter sind dezentral und bedarfsgerecht zu gestalten. Wir wollen
453 Menschen mit Behinderung und SeniorInnen eine selbstbestimmte Lebensgestaltung
454 durch gut ausgestaltete ambulante Netze ermöglichen. Es gilt das Wunsch- und
455 Wahlrecht. Dafür braucht es ein Angebot, in dem der Einzelne möglichst
456 maßgeschneiderte Lösungen für sich entwickeln kann. Solche sozialen Netze können
457 nur mit der Beteiligung und Einbindung auch ehrenamtlicher Kräfte und öffentlicher
458 Unterstützung entstehen.
459 Auf Landesebene wollen wir diese kommunale Aufgabe unterstützen durch mehr Mittel
460 für alternative Wohnformen und dem Ausbau ambulanter Unterstützungsangebote.
461 Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit 2009 in Deutschland geltendes Recht. Nun
462 geht es darum, sie konsequent vor Ort umzusetzen. Wir Grüne wollen den Interessen
463 und Belangen der Menschen mit Behinderung in unseren Kommunen mehr Gehör
464 verschaffen und unterstützen daher die Einrichtung von Behindertenbeiräten. In
465 Städten, Landkreisen und Bezirken sollen Aktionspläne zur Umsetzung der UN
466 Behindertenrechtskonvention aufgestellt werden, dies unter ausreichender
467 Bürgerbeteiligung. Es sollen möglichst konkrete Maßnahmen beschlossen werden, z. B.
468 auch in den Bereichen Barrierefreiheit, Mobilität, Bildung oder kulturelle und politische
469 Teilhabe.

470
471

472 **Miteinander leben – voneinander lernen**

473 Ein gleichberechtigtes Miteinander von Deutschen und MigrantInnen ist wesentliches
474 Ziel grüner Kommunalpolitik. Ein friedliches Zusammenleben verschiedener Kulturen
475 bereichert unser gesellschaftliches Leben und bedroht es nicht. Wir Grüne fordern
476 Integrationsmaßnahmen, Beratung und Deutschkurse. Kindergarten, Schule und
477 Hochschule sollten in besonderem Maße zur Integration beitragen.
478 Demokratie und Teilhabe müssen sich auch an der Wahlurne bemerkbar machen. Wir
479 wollen kommunale Mitbestimmung auch allen MitbürgerInnen aus Drittstaaten
480 ermöglichen. Deshalb setzen wir uns landesweit für ein kommunales Wahlrecht für hier
481 lebende AusländerInnen aus einem Nicht-EU-Staat ein.
482 Wir fordern eine humane Flüchtlingspolitik, d.h. Wohnungen statt
483 Gemeinschaftsunterkünfte, Bargeld statt Sachleistungen, Bewegungsfreiheit statt
484 Residenzpflicht, angemessene Betreuung, freier Zugang zu Sprachkursen, Ausbildung
485 und Arbeit. Kurz: Teilhabe statt Ausgrenzung. Damit das Zusammenleben
486 verschiedener Kulturen auch gelingt, darf Integration keine Einbahnstraße sein. Sie
487 setzt sowohl für Deutsche als auch für EinwanderInnen die Bereitschaft zur
488 Veränderung und zum Lernen voraus.
489 Wir alle tragen in der Kommunalpolitik die Verantwortung für Liberalität und Toleranz,
490 damit Ausgrenzungen von Bürgerinnen und Bürgern wegen ihrer Hautfarbe,
491 Nationalität, ihres Glaubens oder ihrer sexuellen Orientierung keine Chance haben. Die
492 vielen lokalen Initiativen und Bündnisse gegen Rechtsradikalismus und für Zivilcourage
493 sind ermutigend und verdienen unsere größtmögliche Unterstützung. Im Bereich der
494 Prävention können die Kommunen selbst aktiv werden: interkulturelle Trainings schon
495 im Kindergarten, Unterstützung überforderter Eltern, Fortbildungsmaßnahmen für
496 pädagogisches Personal.
497 Ein eindrucksvolles Zeichen für die Weltoffenheit vieler bayerischer Kommunen sind die
498 Städtepartnerschaften und Projekte mit Städten in der Europäischen Union, unseren

499 osteuropäischen Nachbarn und Ländern in der „Dritten Welt“, die oft von grünen Stadt-
500 und GemeinderätInnen angestoßen wurden. Wir GRÜNE fordern den Ausbau und die
501 Unterstützung solcher Projekte und Partnerschaften.

502
503

504 **Gleichstellung bedeutet Gerechtigkeit**

505 Seit vielen Jahren machen wir uns für eine gelebte Gleichstellung von Männern und
506 Frauen stark. Dabei geht es uns sowohl um die gerechte Verteilung von
507 Führungspositionen zwischen Frauen und Männern als auch um die bessere
508 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden uns auch in der kommenden
509 Wahlperiode verstärkt für mehr Frauen in der Verwaltungsspitze und in öffentlichen
510 Ämtern einsetzen.

511 Wir unterstützen Projekte, die konkret auf das Ziel hinarbeiten, Frauen wie Männern
512 Beruf /Karriere und Familie zu ermöglichen.

513 Wir Grünen setzen uns dafür ein, Gewalt gegen Frauen als unterschätztes Problem
514 öffentlich zum Thema zu machen und zeitgleich den Frauen einen Schutzraum zu
515 bieten. Um dies zu unterstützen, arbeiten wir eng mit Frauenberatungsstellen und
516 Frauenhäusern zusammen.

517
518

519 **Kultur in Bayern - Vielfalt fördern, Identität schaffen**

520 Die historische, kulturelle und soziale Identität einer Stadt macht diese einzigartig und
521 schafft Identifikation und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in und mit ihrer
522 Heimatstadt. Erinnerungskultur, Geschichtsarbeit, Denkmalschutz, regionale Literatur-
523 und Kulturprojekte sind dafür grundlegende Voraussetzungen.

524 Knapp 50 % der jährlichen öffentlichen Ausgaben für Theater, Museen, Bibliotheken
525 und andere kulturelle Einrichtungen finanzieren die Städte und Gemeinden. Demzufolge
526 kommt der kommunalen Kulturpolitik eine große Bedeutung zu, die es zu nutzen gilt.
527 Grüne Kulturpolitik erschöpft sich nicht im Verteilen von Zuschüssen, sondern setzt
528 Impulse, die in unseren Städten und Gemeinden ein Umfeld schafft, das für die
529 Kulturschaffenden und für unsere Bürgerinnen und Bürger anregend und vielseitig ist.
530 Ziel ist es dabei vielfältige Netzwerke zu schaffen zwischen den Akteuren in Politik,
531 Wirtschaft, Kulturszene und Gesellschaft um Teilhabe am kulturellen Leben zu
532 ermöglichen, um zum Mitgestalten anzuregen.

533
534

535 **Jugend braucht den kommunalen Raum**

536 Wir wollen eine bayerische Kommunalpolitik für Jugendliche mit Jugendlichen. Denn
537 Jugend bedeutet nicht nur in den Städten, sondern vor allem in kleinen und mittleren
538 Gemeinden auf dem Land Zukunft.

539 Junge Menschen müssen Raum und Möglichkeiten erhalten, sich abseits von Schule
540 und Elternhaus zu entfalten um ihre Kreativität umsetzen zu können. Die momentane
541 Situation in vielen Kommunen hat mehr mit „beschäftigt werden“ als mit selber
542 beschäftigen, mehr mit „unterhalten werden“ und konsumieren als mit jugendlicher
543 Selbstverwirklichung zu tun. Dabei wird oft nicht beachtet, dass junge Menschen sich
544 nicht anpassen, sondern ihren eigenen Weg gehen wollen, ohne dabei ständig auf
545 Unverständnis und Ausgrenzung zu stoßen. Wir GRÜNE wollen der Zukunft den
546 Rücken stärken und setzen daher auf einen konsequenten Ausbau der
547 jugendfördernden Infrastruktur und breiter kommunaler Unterstützung der Jugend mit

548 ihrer kulturellen Vielfalt. Jugendzentren müssen in die Mitte der Kommune und nicht an
549 den Rand gedrängt werden. Junge KünstlerInnen brauchen ihre Proberäume, damit
550 musische, spielerische und künstlerische Ideen nicht bereits im Ansatz scheitern. Die
551 Jugend braucht ihre Treffpunkte zum Abhängen, Austauschen, Reden und Zuhören.
552 Die öffentlichen Plätze wären dafür der erste Anlaufpunkt, welche jedoch zu oft der
553 Jugend versperrt bleiben. Die Jugend braucht ihre Selbstverwaltung, um
554 Eigenverantwortung zu übernehmen und Probleme auf eigene Faust zu regeln.
555 Jugendinitiativen und vor allem Jugendparlamente sind dabei entscheidende Faktoren,
556 die es auf- und auszubauen gilt.
557 Um Jugendlichen auch selbst eine Stimme zu geben, wollen wir das Wahlalter bei
558 Kommunalwahlen und Bürgerentscheiden mindestens auf 16 Jahre herabsenken.
559 Individualität statt Anpassung, Dialog statt Bevormundung, Freiraum statt Ausgrenzung.
560 Nur so begegnet kommunale Politik jungen Menschen mit dem nötigen Respekt und
561 macht damit die Kommune zu einem Wohlfühlfaktor.